

MAcHtMUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN



MAHMUT ÖZDEMİR
IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER

Nr. 13 - August 2018



■ **Grußwort des Herausgebers**
Seite 2

■ **Diesel, NOx, CO₂ – Drohen
Fahrverbote?** Seite 3

■ **Wie geht es weiter mit dem
internationalen Handel?** Seite 5

■ **Die Arbeit von Morgen – eine
sozialdemokratische Perspek-
tive** Seite 6

■ **Übersicht: Treffen mit Inte-
ressenvertretern** Seite 8

■ **Namentliche Abstimmungen**
Seite 9

■ **Pressemitteilungen** Seite 13

■ **Özdemir on Tour** Seite 27

■ **Duisburg in Berlin – Bericht
von unserer Fahrt** Seite 29

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**
Mahmut Özdemir, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Sören Link, Duisburger Oberbürgermeister, und Mahmut Özdemir, MdB (hinten) bei dem Empfang des Botschafters von Rumänien, Seine Exzellenz Emilian Hurezeanu (vorne), im Rathaus der Stadt Duisburg



Liebe Leserinnen und Leser,

vor rund fünf Monaten haben wir als SPD nun erneut Regierungsverantwortung in der großen Koalition übernommen. Während unser Koalitionspartner hauptsächlich mit internen Querelen beschäftigt ist, hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit ihren Ministerinnen und Ministern bereits einige ihrer zentralen Versprechen eingelöst und Gesetze auf den Weg gebracht, die unser Land sozialer und gerechter machen werden:

Mit der Musterfeststellungsklage, auch „Eine-für-Alle-Klage“ genannt, stärken wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher. Durch dieses Gesetz können eingetragene Verbraucherverbände stellvertretend für alle Betroffenen, die sich zuvor in ein Klageregister eingetragen haben, gerichtlich feststellen lassen, ob Ansprüche entstanden sind. Bei erfolgreich festgestelltem Anspruch, kann dieser anschließend individuell eingeklagt werden. Auf diese Weise wird der Prozess für die Betroffenen insgesamt aussichtsreicher und kostengünstiger. Außerdem haben wir erreicht, dass das Gesetz bereits am 1. November 2018 in Kraft treten wird, was für die betroffenen Halter von Fahrzeugen mit manipulierter Dieselnachbehandlung bedeutet, dass diese ihre Ansprüche noch rechtzeitig vor der Verjährung geltend machen können. Dazu

ist es allerdings wichtig, dass sie sich rechtzeitig vor Ende des Jahres 2018 in das Klageregister eintragen.

Mit dem Kabinettsbeschluss zur Wiedereinführung der Parität bei den Krankenkassenbeiträgen, haben wir eine weitere zentrale SPD-Forderung umgesetzt. Ab dem 1. Januar 2019 wird der Krankenkassenbeitrag ein Prozent des Bruttogehalts betragen und wieder jeweils zur Hälfte von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bezahlt werden. Auch Rentnerinnen und Rentner werden von dieser Neuregelung profitieren, da deren Zusatzbeitrag zur Hälfte von der Deutschen Rentenversicherung übernommen werden wird.

Ich persönlich habe mich im Bundestag für die Änderung des Parteiengesetzes eingesetzt. Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben eine Erhöhung der Parteienfinanzierung zugestimmt, damit die Parteien auch in Zukunft ihrem Auftrag nach demokratischer Willensbildung und aktiver Beteiligung gerecht werden können. Durch die sozialen Medien hat sich die Art und Weise der Informationsbeschaffung der Bürgerinnen und Bürger stark geändert. Diese erwarten deswegen zurecht, dass sich ihre persönlichen Verhaltensweisen in Bezug auf Informationsbeschaffung und Meinungsbildung spiegelbildlich in die Arbeitsweisen der Parteien einbringt – ob nun analog oder

digital. Das Flugblatt auf dem Wochenmarkt muss deswegen genauso respektiert werden, wie das Angebot der Willensbildung durch Informationen auf Twitter / Instagram / Facebook; von WhatsApp-Gruppen, Messengerdiensten und Apps ganz zu schweigen. Um diesen Mehraufwand zu stemmen, bedürfen die Parteien größerer finanzieller Unterstützung. Dabei wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion aber verhindern, dass dieser Mehrbedarf durch den privaten Sektor aufgefangen wird, weil sonst die Parteien mit größeren Spenden bevorteilt würden. Deshalb ist aus meiner Sicht jeder Cent, den wir in die Parteienfinanzierung investieren, ein Cent in die Demokratieförderung unseres Landes. Unsere Gesetzesänderung, die die absolute Höchstgrenze der Fördermittel zum 1. Januar 2019 auf 190 Millionen Euro anheben wird, erachte ich daher als notwendig, zeitgemäß und maßvoll.

Außerdem hat sich das Kabinett im Juni auf die sogenannte „Brückenteilzeit“ geeinigt und ist somit nun endlich unserer langjährigen Forderung nach einem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit nachgekommen. Das geplante Gesetz soll ab Januar 2019 in Kraft treten und für Betriebe ab 45 Beschäftigten gelten. Davon würden rund 22 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Menschen, die bereits in Teilzeit arbeiten



und ihre Arbeitszeit gerne wieder erhöhen würden, haben zwar keinen direkten rechtlichen Anspruch darauf, wir konnten für diese Gruppe aber eine Umkehr der Beweislast erreichen. Das bedeutet, dass zukünftig der Arbeitgeber beweisen muss, warum eine Erhöhung der Arbeitszeit zum beantragten Zeitpunkt nicht möglich ist. So haben wir einen Ausweg aus der sogenannten „Teilzeitfalle“, von der besonders häufig Frauen betroffen sind, geschaffen.

Diese zieht zudem häufig Altersarmut nach sich, weil die eingezahlten Beiträge in die Rentenkasse nicht für eine auskömmliche Rente genügen. Wir sind deswegen davon überzeugt, dass unser Gesetzentwurf nicht nur unmittelbar die wirtschaftliche Lage vieler Menschen verbessert, sondern auch zukünftig Armut im Alter wirksam bekämpft werden wird.

Folglich zeigt die SPD, dass sie Verantwortung auch in schwierigen Zeiten nicht scheut, Stück

für Stück ihre Vorhaben umsetzt und so, während andere mit sich selbst beschäftigt sind, reale Politik macht, die den Alltag vieler Menschen erleichtert.

Herzlichst



Mahmut Özdemir, MdB

Diesel, NOx, CO₂ – Drohen Fahrverbote?

Gastbeitrag von Arno Klare, MdB



Arno Klare, MdB (Foto: SPD-Perteilvorstand/Benno Kraehahn)

„Hinsichtlich des Luftreinhalteplans Düsseldorf hat das Verwaltungsgericht festgestellt, dass Maßnahmen zur Begrenzung der von Dieselfahrzeugen

ausgehenden Emissionen nicht ernsthaft in den Blick genommen worden sind. Dies wird der Beklagte nachzuholen haben. Ergibt sich bei der Prüfung, dass sich Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge als die einzig geeigneten Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung überschrittener NO₂-Grenzwerte darstellen, sind diese - unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit - in Betracht zu ziehen.“

So ein Auszug aus der Presseerklärung des Bundesverwaltungsgerichts zum Diesel-Fahrverbotsurteil vom 27.02.2018.

Ob Düsseldorf oder Duisburg ist egal. Was bedeutet das?

1. Die Stadt muss dafür sorgen, dass die Grenzwerte eingehalten werden. Das wird in sogenannten Luftreinhalteplänen dargestellt. Der wichtigste Grenzwert liegt EU-weit bei 40 Mikrogramm/cm³ NO_x im Jahresmittel. Die Stadt kann mit vielen Maßnahmen versuchen, die Werte unter das Limit zu drücken. Sollte das nachweislich misslingen, müssen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge erlassen werden.



2. Maßnahmen können u.a. sein: Busse auf emissionsarme oder -freie Antriebe umstellen. Städtische Fahrzeuge (Müll-Lkw, Feuerwehr, Rettungsdienste) „entdieseln“ und z.B. mit Erdgas zu betreiben. Den Verkehrsfluss verbessern, also Stopp-and-Go vermeiden. Den Verkehr anders lenken, z.B. Durchgangsverkehr um die NOx-Hotspots herumführen. Tempo-30-Zonen innerorts schaffen. Lkw-Durchfahrtsverbote erlassen. Die meisten deutschen Brummis sind sauberer als Pkw, doch die aus anderen Ländern haben nicht selten SCR-Kat-Abschalt-einrichtungen. Das ist illegal! Es wird aber trotzdem gemacht. Der öffentliche Verkehr sollte ausgebaut werden, damit mehr Menschen in Bussen/Bahnen fahren und somit die Umwelt schonen. Radschnellwege bringen nachweislich Menschen aus dem Auto zum weitaus gesünderen und – je nach Verkehrslage – sogar schnelleren Verkehrsmittel Fahrrad. Man kann versuchen Stadteile so zu organisieren, dass alle wichtigen Versorgungseinrichtungen – Geschäfte, Ärzte, KiTa, Schulen, Sportplätze – zu Fuß oder per Rad erreichbar sind. Alles,

was Verkehr vermeidet, ist hilfreich. Aber: Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen dürfen nicht durch Verbote eingeschränkt werden. Mobilität gehört zum Leben.

3. Wird es Fahrverbote in Duisburg geben? Hier eine Momentaufnahme der vier Messstationen in Duisburg von Montag, 02.07.2018, um 14:00 Uhr. An diesem Tag wurde der Artikel geschrieben, den Sie soeben lesen.

Messstation Standort	Wert	Uhrzeit	Wert	Uhrzeit	Std.-Wert 14:00
Duisburg Kardinal-Galen Straße	34	01:00	51	06:00	29
Duisburg (Rheinhafen)	24	02:00	46	07:00	<10
Duisburg-Bruckhausen	27	03:00	54	05:00	11
Duisburg-Walsum	26	06:00	33	07:00	<10

Unter diesem Link sind die Werte stundenaktuell jederzeit abrufbar: <https://www.la-nuv.nrw.de/umwelt/luft/immissionen/aktuelle-luftqualitaet/stickstoffdioxid-no2/>.

Die Werte sind keine „Ausreischer“, weder nach oben, noch nach unten. Die Duisburger Politik wird also wahrscheinlich nicht zum Mittel des Fahrverbotes als zwingender Maßnahme im städtischen Luftreinhalteplan

greifen müssen. Gleichwohl signalisieren allein in Walsum die Rushhour-Werte relative Entspannung. Die anderen Messstellen liegen zumindest zu Peakzeiten über den zulässigen Jahresmittelwerten, sind also bereits gesundheitlich bedenklich für besonders gefährdete Personen (Kinder, Menschen mit Atemwegserkrankungen).

4. Hardwarenachrüstungen für die NOx-Reduktion sind als Prototypen auf dem Markt. Es gibt

keinen Zweifel, dass das technisch machbar ist. Wir von der SPD – an der Spitze die Bundesumweltministerin Svenja Schulze – fordern die Nachrüstung. Auch weil es nicht angeht, dass ein/e Dieselseitzer/in für den vier Jahre alten Euro-5er heute nur noch die Hälfte bekommt. Bezahlen darf auf keinen Fall der Eigner. Rechtlich können wir die Hersteller nicht zwingen und die Bundeskanzlerin, der Wirtschafts- sowie der Verkehrsminister wollen keine Nachrüstungen. Wir haben es allerdings noch nicht aufgegeben und bleiben dran.



Wie geht es weiter mit dem internationalen Handel?

Gastbeitrag von Bernd Westphal, MdB und wirtschafts- und energiepolitischer Arbeitsgruppensprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Bernd Westphal, MdB (Foto: SPD-Perteivorstand/Benno Kraehahn)

In der Geschichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gab es immer wieder Phasen des Freihandels und des Protektionismus: Phasen des Abbaus von Handelshemmnissen und der gegenseitigen Öffnung der Märkte wechselten sich ab mit Phasen des Aufbaus von Handelshemmnissen und der Abschottung.

Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft, die insbesondere durch die USA forciert wurde. Um faire Regeln in einer globalisierten Welt im Rahmen der Handelsliberalisierung zu schaffen, schlossen 23 Staaten 1947 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), 1995 folgte die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) mit derzeit 164 Mitgliedstaaten.

Ein freier Welthandel hat positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung eines Landes. Gerade Deutschland als Exportnation profitiert vom internationalen Handel, denn inzwischen hängt jeder vierte Arbeitsplatz bei uns vom Export ab. Aber es müssen faire Wettbewerbsbedingungen herrschen. Offene Märkte brauchen klare Spielregeln, an die sich alle zu halten haben. Nur dann gibt es eine Win-win-Situation für alle Beteiligten.

Aktuell sehen wir, dass in einigen Ländern der Freihandel einen nicht mehr guten Ruf genießt: Großbritannien steigt aus der Europäischen Union aus, Donald Trump verhängt Strafzölle. Was hat zu dieser Abneigung gegen freie Märkte geführt? Was ist die Ursache für das amerikanische Handeln? Große Teile der amerikanischen Gesellschaft fühlen sich als Verlierer der Globalisierung. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung in den USA glaubt, dass der freie Handel Jobs zerstören würde. Dabei sind die Wirtschaftsprobleme in den USA hausgemacht. Die Ursache des amerikanischen Wirtschaftsabschwungs liegt vielmehr in veralteten Industrie- und Wirtschaftsstrukturen der USA. Diese ungelösten Wirtschaftsprobleme haben dazu geführt,

dass die US-Wirtschaft in vielen Bereichen nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Diese fehlende Wettbewerbsfähigkeit will der US-Präsident jetzt ausgleichen, indem die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet wird. Für Trump gilt nur eines: Er glaubt, das eigene Land schützen zu müssen. Die Konsequenzen für den Welthandel sind ihm egal. Er bricht internationales Handelsrecht und setzt damit die Abrissbirne an das weltweite Handelssystem.

Noch sind die Auswirkungen seiner Politik kaum spürbar. Doch es wird nicht mehr lange dauern, bis die amerikanischen Verbraucherinnen und Verbraucher die negative Politik ihres Präsidenten u.a. durch Preissteigerungen zu spüren bekommen. Bei Stakeholdern, Unternehmen, Verbänden, aber auch in der Politik im eigenen Land wächst der Unmut über die Entscheidungen per Dekret des einsamen Wolfes Trump. Auf diese innenpolitischen Kräfte sollten wir setzen und weiter zusammenarbeiten.

Denn bei aller Unsicherheit sollten wir einen kühlen Kopf bewahren und Eskalationen vermeiden. Dies schadet der internationalen Gemeinschaft, weshalb wir weiter auf Verhandlungen setzen müssen.



Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, die Globalisierung im Sinne europäischer Standards durch Handelsabkommen zu gestalten und die Rahmenbedingungen immer wieder zu verbessern. Hierdurch können deutsche und europäische Standards für Verbraucher, Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz und den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge verankert werden. Die EU wird ihr nächstes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Japan abschließen. In diesen unruhigen Zeiten mit großen außenpolitischen Umbrüchen kommt unserer Handelspolitik eine bedeutende Aufgabe zu. Mit verbindlich vereinbarten Regeln kann die Politik den Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern Rechtssicherheit für den internationalen Warenhandel auch dann geben, wenn sich große

internationale Akteure vom Verhandlungstisch entfernen und eine Rückkehr in eine national geprägte Politik wählen.

Sowohl in Deutschland als auch in der EU bekennen wir uns zu den Regeln der Welthandelsorganisation und gegen Protektionismus. Und auch wenn wir Ruhe bewahren müssen, auch wenn wir immer wieder versuchen müssen, den Handelspartner, der ausscheren will, an den Verhandlungstisch zurück zu holen: Es müssen auch Grenzen gesetzt werden. Im Handelsstreit mit Trump hat die EU verhältnismäßig reagiert und klar gemacht, dass sie nicht unter dem Damoklesschwert von Zollerhöhungen über eine Marktliberalisierung verhandelt. Die Erhebung von Ausgleichszöllen auf ausgewählte amerikanische Produkte und das Einlei-

ten des Streitschlichtungsverfahrens vor der WTO waren die richtigen Maßnahmen.

Kaum eine andere Partei hat sich in den vergangenen Jahren so intensiv und differenziert mit der Handelspolitik auseinandergesetzt wie die SPD. Wir brauchen weiterhin die offene und sachliche Debatte über Handelspolitik. Nur so lassen sich eine Spirale des Protektionismus sowie nationale Überreaktionen und Alleingänge verhindern.

Das multilaterale Handelssystem steht unter Stress. Doch aus meiner Sicht haben wir ein gut entwickeltes Regelwerk der internationalen Handelsbeziehungen. Wir stehen in der Verantwortung, dieses zu wahren, aber auch weiterzuentwickeln und zu modernisieren.

Die Arbeit von Morgen – eine sozialdemokratische Perspektive

Gastbeitrag von Saskia Esken, MdB



Saskia Esken (Foto: SPD-Per-teivorstand/Benno Kraehahn)

Was macht die Digitalisierung mit meinem Job? Übernehmen vernetzte Maschinen, Algorithmen und künstliche Intelligenz unsere Arbeit? Wenn wir uns mit der Zukunft der Arbeit in einer digitalisierten Welt beschäftigen, kommen wir schnell zu diesen Fragen. Wie viele und welche Jobs werden wegfallen, welche werden entstehen? Die

sehr unterschiedlichen Prognosen sind wahrlich geeignet, uns zu verunsichern. Doch geht uns die Arbeit wirklich aus? Ziemlich sicher nicht.

Was aber ganz sicher ist: Berufsbilder und Tätigkeiten werden sich grundlegend verändern, und das gilt nicht nur für die typischen IT-Berufe. Nein,



die Digitalisierung wird die Arbeit in allen Branchen verändern, und nahezu alle Qualifikations-Level sind betroffen. Es ist zu erwarten, dass Tätigkeiten verschwinden, aber es werden eben auch neue Tätigkeiten und neue Berufszweige entstehen, von denen wir heute noch gar nichts wissen. Das einzig Sichere am Wandel ist, dass er stetig ist. Wie können wir neugierig bleiben und mutig sein? Die sicheren Rahmenbedingungen und die notwendige Unterstützung dafür muss die Politik liefern.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegt im technologischen Fortschritt seit jeher die Herausforderung, ihn zum sozialen Fortschritt weiter zu entwickeln. Vor 150 Jahren hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung dafür gesorgt, dass aus der industriellen Revolution Arbeitnehmerrechte und soziale Sicherungssysteme entstanden. Und auch heute muss uns bei der Gestaltung des digitalen Wandels der Anspruch leiten, diese tiefgreifenden Veränderungen so zu gestalten, dass alle teilhaben können und keiner zurückbleibt. Wir dürfen uns nicht bange machen lassen von der Macht der Technologie und nicht von der Macht der Märkte, sondern diese Herausforderungen gemeinsam anpacken.

Damit das gelingt, muss unser Bildungssystem neben den bisher bekannten Kulturtechniken und Fähigkeiten eine digitale

Grundbildung vermitteln. Wir alle brauchen ein Grundverständnis dafür, wie das Netz funktioniert und wie Algorithmen wirken, wir müssen uns souverän im Netz bewegen und die digitale Welt aktiv mitgestalten können. Ebenso wichtig ist es, den digitalen Wandel als Kulturwandel zu erkennen und unser Lernen und Arbeiten offen, vielfältig und vernetzt zu denken. Nicht zuletzt muss das Bildungssystem uns dazu ermutigen und befähigen, uns kontinuierlich weiterzubilden, uns der Veränderung zu stellen und das Beste für uns daraus zu ziehen. Der Digitalpakt von Bund und Ländern, der eine bessere digitale Ausstattung unserer Schulen zum Ziel hat, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Was wir zudem brauchen, ist eine Öffnung der Bildungsangebote, eine kontinuierliche Bildungsberatung und -begleitung und ein Recht auf Weiterbildung. Wir bleiben gespannt, was sich hier im Rahmen der nationalen Weiterbildungsstrategie entwickeln kann.

Zudem verändert sich nicht erst durch die Digitalisierung die Beschäftigung. Immer mehr Menschen sind nicht in klassischen Beschäftigungsverhältnissen tätig – manche nennen es atypisch oder irregulär, oft ist es prekär und vor allem ist es unsicher: Solo-selbständig, auf Projektlaufzeiten oder Aufträge befristet oder gar wie im Clickworking auf Schnipsel von Aufträgen. Auf diese Veränderungen

muss Politik reagieren, ebenso wie die Tarifpartner und die Sozialsysteme: Wir brauchen soziale Sicherheit und Interessenvertretung für typische und atypische Beschäftigung.

Gleichzeitig bieten sich durch die Digitalisierung Chancen, um selbstbestimmter zu arbeiten, und Privatleben und Beruf besser zusammenzubringen. In vielen Berufen kann man dank digitaler Geräte mobil und/oder zuhause arbeiten. Durch das Recht auf mobiles Arbeiten kann mehr Selbstbestimmung gefördert werden. Wir müssen aber auch darauf achten, dass diese Möglichkeit nicht zum Zwang wird, auch in der Freizeit für den Arbeitgeber erreichbar zu sein. Daher braucht es auch das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit.

Dazu kommt, dass Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung durch die Digitalisierung immer mehr bedroht werden: Alles, was wir als Privatperson und als Beschäftigter tun, wird erfasst, verfolgt und verwertet. Aber wer schützt uns vor dem Missbrauch dieser Daten, vor der Diskriminierung durch Daten? Der Schutz der persönlichen Daten und natürlich auch von Beschäftigtendaten ist für die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen von erheblicher Bedeutung. Menschen dürfen auch in digitalisierten Arbeitsabläufen nicht zum gläsernen Objekt der



Optimierung werden. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung, die vor kurzem wirksam geworden ist, ist da eine wichtige Entwicklung. Aber auch die Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzes haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart.

Nicht zuletzt brauchen die Branchen und ihre Beschäftigten, bei denen Erwerbsarbeit verloren geht, unsere ganze Unterstützung. Menschen, die erwerbslos werden oder davon bedroht sind, benötigen unbürokratische finanzielle Unterstützung für ih-

ren Lebensunterhalt sowie zielgenaue Beratungs- und Weiterbildungsangebote, die ihre persönliche Lebenssituation berücksichtigt. Das von der SPD entwickelte Konzept des Chancenkontos bietet Weiterbildungsoptionen für alle, unabhängig von ihrem Beschäftigtenstatus. Leider kann uns die Union als Koalitionspartner im Bund in diesem Ansatz nicht folgen. Im Koalitionsvertrag haben wir dennoch, als einen ersten Schritt in diese Richtung, das Recht auf Weiterbildungsberatung verankern können.

Arbeitswelt, Bildungssystem, Datenschutz und soziale Sicherungssysteme – vor uns liegen politische und gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgaben, die es in sich haben. Leicht wird das nicht, weil dieser Wandel unsere Systeme zum Teil ganz schön durchschüttelt und einiges auf den Kopf stellt. Deswegen rufe ich den Genossinnen und Genossen zu: Lasst uns mutig sein, Lust auf Zukunft machen und auch diesen Wandel ganz und gar im Sinne der Menschen gestalten!

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir, MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

13. April 2018	Astrid Neese, Vorsitzende der Geschäftsführung Agentur für Arbeit Duisburg
20. April 2018	Thomas Schnalke, Sprecher Geschäftsführung Flughafen Düsseldorf GmbH
23. April 2018	Steffen Ganders, Director Corporate Affairs Samsung Electronics
30. Mai 2018	Geschäftsführender Vereinsvorstand ETuS Bissingheim 1925 e.V.
08. Juni 2018	Vyacheslav Volodin, Vorsitzender der Staatsduma der Russischen Föderation
13. Juni 2018	Marco Splitt, Referent für politische Kommunikation Internationaler Bund (IB)
11. Juli 2018	Seine Exzellenz Emilian Horațiu Hurezeanu, Botschafter von Rumänien in der Bundesrepublik Deutschland
03. August 2018	Yavuz A. Doğan, Geschäftsführer Vielfalt Deutschland gGmbH



Nr. 13 - August 2018

MEINE MACHtMUT

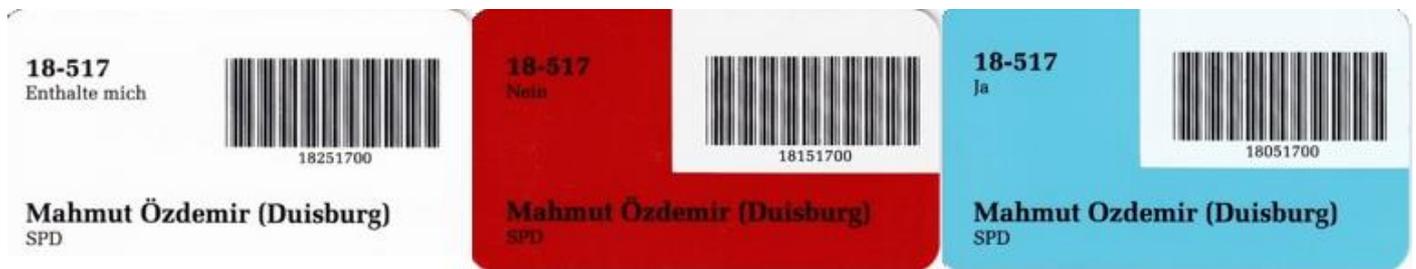


03. August 2018

Christian Kraft, Geschäftsführer BSV Beeck 05 e.V.

07. August 2018

Volker Schlüter, Kommissarischer Leiter des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Duisburg-Meiderich



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

26.04.2018 Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA)

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolution 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015), 2295 (2016) und 2364 (2017) vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015, 29. Juni 2016, 29. Juni 2017, ergänzt durch Resolution 2391 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Dezember 2017

- Drucksachen 19/1098 und 19/1742 -

26.04.2018 Bundeswehreinsatz vor Somalia (EU NAVFOR)

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias

- Drucksachen 19/1596 und 19/1833 -

Ja

Ja



26.04.2018	Bundeswehreinsatz in Mali (EUTM Mali)	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmis- sion der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)	Ja
		- Drucksachen 19/1597 und 19/1834 -	
26.04.2018	Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung	Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP: Ausschluss der NPD von der staatlichen Par- teienfinanzierung	Ja
		- Drucksache 19/1824 -	
17.05.2018	Einspruch gemäß § 39 GO-BT	Einspruch gemäß Paragraf 39 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Dr. Alice Weidel ge- gen einen in der letzten Sitzung erteilten Ordnungsruf	Nein
		- Drucksache 19/846 -	
07.06.2018	Mietpreispolitik	Gesetzesentwurf der Fraktion Die Linke Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Auskunfts- pflicht der Vermieterinnen und Vermieter und zur Abschaffung der Rügepflicht der Mieterinnen und Mieter	Nein
		- Drucksachen 19/258 und 19/1907 -	
14.06.2018	Handelsabkommen mit Kanada und Japan	Gesetzesentwurf der Abgeordneten Christian Lindner, Alexander Graf Lambsdorff, Michael Georg Link, weiterer Abgeordneter und der Fraktion FDP: Entwurf eines Gesetzes zu dem um- fassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen vom 30. Oktober 2016 zwischen Kanada einer- seits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits	Nein
		- Drucksachen 19/958 und 19/1767 -	
14.06.2018	Bundeswehreinsatz im Mittelmeer (EUNAVFOR MED)	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bun- desregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an EUNAVFOR MED Operation SOPHIA	Ja
		- Drucksachen 19/2381 und 19/2668 -	
14.06.2018	Bundeswehreinsatz im Libanon (UNIFIL)	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bun- desregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) des Si- cherheitsrates der Vereinten Nationen und Folgeresolutionen, zuletzt 2373 (2017) vom 30. Au- gust 2017	Ja
		- Drucksachen 19/2383 und 19/2669 -	
14.06.2018	Bundeswehreinsatz in Kosovo (KFOR)	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bun- desregierung: Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitsprä- senz in Kosovo (KFOR) auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999	Ja
		- Drucksachen 19/2384 und 19/2670 -	



15.06.2018	Änderung des Parteiengesetzes	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze - Drucksachen 19/2509 und 19/2734 -	Ja
15.06.2018	Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (Entschließungsantrag der FDP-Fraktion)	Entschließungsantrag der Abgeordneten Christian Lindner und der Fraktion der FDP zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (Familiennachzugsneuregelungsgesetz) - Drucksachen 19/2438, 19/2702, 19/2740 und 19/2765 -	Nein
15.06.2018	Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (Gesetzentwurf der Bundesregierung)	Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (Familiennachzugsneuregelungsgesetz) - Drucksachen 19/2438, 19/2702 und 19/2740 -	Ja
15.06.2018	Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (Entschließungsantrag der AfD-Fraktion)	Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland, Dr. Bernd Baumann und der Fraktion der AfD zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (Familiennachzugsneuregelungsgesetz) - Drucksachen 19/2438, 19/2702, 19/2740 und 19/2767 -	Nein
28.06.2018	Sanktionen bei Hartz IV und Sozialhilfe (Antrag der Fraktion Die Linke)	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke: Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen - Drucksachen 19/103 und 19/2748 -	Ja
28.06.2018	Sanktionen bei Hartz IV und Sozialhilfe (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in der Grundsicherung statt Sanktionen und Ausgrenzung - Drucksachen 19/1711 und 19/2748 -	Ja
28.06.2018	Bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion Die Linke sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Weidetierprämie für Schafe und Ziegen jetzt auf den Weg bringen - Drucksachen 19/1691 und 19/2749 -	Ja



29.06.2018	Finanzhilfen zugunsten Griechenlands	Antrag des Bundesministeriums der Finanzen: Finanzhilfen zugunsten Griechenlands: Vierte und letzte Überprüfung des ESM-Anpassungsprogramms, mittelfristige schuldenbezogene Maßnahmen	Ja
		- Drucksache 19/2961 -	
04.07.2018	Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) hier: Einzelplan 04 Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	Ja
		- Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2424, 19/2425 und 19/2426 -	
04.07.2018	Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (Änderungsantrag FDP)	Änderungsantrag der Fraktion der FDP zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) hier: Einzelplan 14 Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	Nein
		- Drucksachen 19/1077, 19/1701, 19/2413, 19/2424, 19/2425, 19/2426 und 19/3179 -	
04.07.2018	Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (Änderungsantrag Die Linke)	Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) hier: Einzelplan 14 Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	Nein
		- Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2413, 19/2424, 19/2425, 19/2426 und 19/3185 -	
05.07.2018	Haushaltsgesetz 2018	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)	Ja
		- Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2402, 19/2405, 19/2406, 19/2409, 19/2410, 19/2412, 19/2413, 19/2420, 19/2421, 19/2422, 19/2423, 19/2424, 19/2425 und 19/2426 -	



Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

Girls' Day 2018: Duisburger Schülerin blickt hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages



Schülerin Angelina Stanic' und MdB Mahmut Özdemir

Berlin, 26.04.18 – Um mehr Frauen und Mädchen für Politik zu begeistern, hat der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, die Schülerin Angelina Stanic' von der Herbert Grillo-Gesamtschule zum heutigen Girls' Day 2018 nach Berlin eingeladen. Der bereits zum 14. Mal von der SPD-Bundestagsfraktion unterstützte Mädchen-Zukunftstag

soll praktische Einblicke in die Berufsfelder der Politik auf Bundesebene und den parlamentarischen Ablauf des Deutschen Bundestages ermöglichen. Insgesamt 50 Schülerinnen aus der gesamten Bundesrepublik waren diesmal am Tag dabei.

Mahmut Özdemir bekräftigt: „Die Abgeordneten erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Vorbildfunktion, wenn es um das

Vorleben tatsächlicher Chancengerechtigkeit für Männer und Frauen im Erwerbsleben geht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit der Frauenquote für den öffentlichen Dienst und dem Gesetz zur Entgelttransparenz wichtige Meilensteine in diesem Bereich auf den Weg gebracht. Der Girls' Day ist daher eine spannende Möglichkeit für die jungen Frauen, in die Bundespolitik ‚hinein zu schnuppern‘ und mögliche Beschäftigungsperspektiven kennen zu lernen.“

Im Rahmen des Girls' Day 2018 haben die Teilnehmerinnen eine Plenardebatte besucht und anhand eines Planspiels den praktischen Weg der Gesetzgebung durchlaufen. Darüber hinaus standen eine Diskussion mit der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Andrea Nahles sowie ein Besuch in den Abgeordnetenbüros auf dem Programm.



Nr. 13 - August 2018



Bärbel Bas und Mahmut Özdemir rufen zum Mitmachen beim Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) 2019/2020 auf

Duisburg, 09.05.18 – Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir rufen zum Mitmachen beim 36. Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) 2019 / 2020 auf. Für PPP-Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den USA werden gleichzeitig Gasteltern in Duisburg gesucht.

Schülerinnen und Schüler besuchen im Rahmen des Austauschprogrammes in den USA eine High School, junge Berufstätige gehen auf das College

und machen ein Praktikum. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten leben in Gastfamilien. Zum Zeitpunkt der Ausreise (31.07.2019) müssen die Schülerinnen und Schüler zwischen 15 und 17 Jahre alt sein. Die Berufstätigen müssen ihre Ausbildung abgeschlossen haben und dürfen höchstens 24 Jahre alt sein. Das PPP-Stipendium umfasst alle Kosten für Reise, Vorbereitung, Betreuung sowie Versicherungen. Die Bundestagsabgeordneten übernehmen die Patenschaft.

Informationen und Bewerbungsunterlagen gibt es ab sofort in den Wahlkreisbüros von Bärbel Bas und Mahmut Özdemir, Krummacherstraße 33, 47051 Duisburg oder auf www.bundestag.de/ppp. Auf der Webseite des Deutschen Bundestages können sich Interessierte auch online bewerben. Die Bewerbungsphase hat jetzt begonnen, Bewerbungsschluss ist der 14. September 2018.

Kernpunkte des Koalitionsvertrags für eine soziale und gerechte Zukunft im Ruhrgebiet

Berlin/Duisburg, 11.05.18 – Seit dem 14. März ist die neue Bundesregierung im Amt. Für uns 17 SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Ruhrgebiet steht fest: Jetzt müssen wir liefern! Wir haben immer betont, dass eine Regierungsbeteiligung für uns einzig und allein davon abhängt, was wir für die Menschen vor Ort erreichen können. Die Bekämpfung sozialer Ungleichheit bleibt unsere Hauptaufgabe. Der Koalitionsvertrag ent-

hält eine Reihe von Maßnahmen für eine soziale und gerechte Zukunft im Ruhrgebiet. Wir werden insbesondere die folgenden Kernpunkte Stück für Stück umsetzen:

Sichere und fair entlohnte Arbeit für alle

Wir schaffen den sozialen Arbeitsmarkt für 150.000 Langzeitarbeitslose ohne andere Beschäftigungsperspektive. Im

Ruhrgebiet stehen wir besonders vor dem Problem verfestigter Arbeitslosigkeit, d.h. Menschen finden trotz guter Konjunktur keinen Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt. Deshalb erwarten wir, dass mindestens 30.000 Personen im Ruhrgebiet an der neuen Förderung teilhaben.

Mittel- und Geringverdiener entlasten wir durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags,



die Wiederherstellung der paritätischen Beitragszahlung in der Gesetzlichen Krankenversicherung und die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Das Recht auf befristete Teilzeit, also ein Anspruch auf Rückkehr in die Vollzeitstelle, und auf Weiterbildungsberatung wird vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommen.

Auskömmliche Renten und bessere Pflege

Wir sichern die gesetzliche Rente auf dem Niveau von 48 Prozent bis 2025 und führen im Rahmen einer Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ eine doppelte Haltelinie ein. Wer 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Verwandte gepflegt hat, aber dennoch keine auskömmliche Alterssicherung bezieht, erhält zukünftig eine Grundrente, die 10 Prozent über dem eigenen Grundsicherungsbedarf liegt. Dies gilt nicht nur für zukünftige Rentnerinnen und Rentner, sondern auch für alle, die sich jetzt bereits im Ruhestand befinden. Über ein Sofortprogramm Pflege entstehen 8.000 neue Fachkraftstellen in Pflegeeinrichtungen. Die Situation in den Pflegeberufen wird u.a. durch eine Ausbildungsoffensive, Weiterqualifizierungen und Gesundheitsprogramme sowie flächendeckende Tarifverträge in der Altenpflege verbessert.

Handlungsfähige Kommunen

Die Unterstützung der Kommunen bleibt zentrales Thema unserer Arbeit. Der Koalitionsvertrag schreibt fest, dass den Kommunen keine weiteren Ausgabenlasten aufgebürdet werden. Es gilt im Verhältnis Bund-Kommune das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt.“ So schützen wir finanzschwache Kommunen davor, durch steigende Kosten in eine Verschuldungsspirale zu fallen. Die Konsolidierungserfolge der Ruhrgebietsstädte dürfen nicht durch steigende Ausgaben an anderer Stelle zunichte gemacht werden.

Bei der Integration von Geflüchteten lassen wir die Städte und Gemeinden nicht alleine, sondern führen die Bundesbeteiligung an den Integrationskosten fort (8 Mrd. Euro). Außerdem unterstützen wir sie beim Ausbau und der Qualitätssteigerung von Kinderbetreuungseinrichtungen (3,5 Mrd. Euro). Damit der Bund Kommunen bei der Bildung unterstützen kann, schaffen wir das Kooperationsverbot ab, starten eine Digitalisierungsoffensive in Schulen (5 Mrd. Euro) und investieren massiv in den Ausbau von Ganztagsbetreuung an Grundschulen (2 Mrd. Euro).

Für das Ruhrgebiet besonders bedeutsam sind die Weiterführung der Strukturförderung von Bund und Europäischer Union

sowie die Lösung der Altschuldenproblematik. Der Koalitionsvertrag sieht ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen ab 2020 vor, das innovative Entwicklungen anstoßen und damit Wachstum und Arbeit ermöglichen soll. Trotz Mindereinnahmen durch den Brexit müssen auch die EU-Kohäsionsmittel in der nächsten Förderperiode ab 2021 weiter ins Ruhrgebiet fließen. Das Problem der Altschulden wird im Rahmen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ beraten – ein erster wichtiger Schritt, um hier endlich voranzukommen.

Kinderarmut verhindern – Chancengerechtigkeit herstellen

Qualitätsverbesserungen in Kitas und ein Anspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen sorgen für Chancengerechtigkeit von Anfang an. Familien werden durch die Erhöhung des Kindergelds bzw. des Kinderfreibetrags jährlich 300 Euro mehr pro Kind zur Verfügung haben. Zur Entlastung einkommensschwacher Familien wird außerdem der Kinderzuschlag erhöht und das Bildungs- und Teilhabepaket verbessert. Insgesamt sind für Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut eine Milliarde Euro in der Legislaturperiode vorgesehen.



Nr. 13 - August 2018

MEINE MACHTMUT



Gute Lebensqualität für alle

Das direkte Lebensumfeld der Menschen prägt die Lebensqualität. Wir investieren so viel wie noch nie in den Erhalt, Aus- und Neubau von Verkehrswegen (13,4 Mrd. Euro), fördern große Infrastrukturmaßnahmen im Schienenverkehr (1 Mrd. Euro p.a.) und schnüren ein Maßnahmenbündel zur Vermeidung von Fahrverboten in den Städten. Für bezahlbaren Wohnraum sorgen die weitere Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die steuerliche Förderung von Wohneigentum für Familien (jeweils 2 Mrd. Euro) sowie die Begrenzung der Modernisierungsumlage und die Verschärfung der Mietpreisbremse. Die Städtebauförderung wird zusammen mit dem Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ mindestens auf dem erreichten Niveau von einer Milliarde Euro fortgeführt. Und schließlich schaffen wir zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit 17.000 zusätzliche Stellen bei der Justiz und in den Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern.

Wissen schafft Zukunft – Arbeiten konnten wir schon immer, jetzt wollen wir's wissen!

Die SPD ist und bleibt die Partei des gesellschaftlichen Fortschritts. Der Willy Brandt'schen

Zielsetzung „Aufstieg durch Bildung“ haben wir seit 1998 neuen Schub gegeben. Das Ruhrgebiet hat sich zu einem herausragenden Wissenschaftsstandort mit fünf Universitäten, 17 Fachhochschulen und mehr als 270.000 Studierenden und Tausenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft entwickelt. Mit sozialdemokratischen Initiativen stärken wir den Forschungs- und Hochschulstandort Ruhrgebiet: Mit dem Hochschulpakt werden die Hochschulen bei den steigenden Studierendenzahlen unterstützt. Bildung darf nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern sein, deswegen stellen wir eine Milliarde Euro für eine Modernisierung und Erhöhung des BAföG bereit. Durch die Fortsetzung des SPD-Paktes für Forschung und Innovation (PFI) mit einem jährlichen Aufwuchs von mindestens drei Prozent stärken wir Spitzeninstitute z.B. der Energie- und medizinisch-biologischen Forschung. Die zahlreichen gut aufgestellten Fachhochschulen unterstützen wir in ihrer großen fachlichen und regionalen Bedeutung durch Förderung angewandter Forschung.

Was wir noch tun müssen:

Der Koalitionsvertrag bietet die Möglichkeit, ganz konkrete Fortschritte für die Menschen im Ruhrgebiet zu erreichen. Ihn akribisch abzuarbeiten, reicht uns aber nicht. Als Ruhrgebietsabgeordnete werden wir uns entschieden in die Diskussionen zur Weiterentwicklung des Sozialstaats und zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft einbringen. Unser Anliegen bleibt die Stärkung der Tarifbindung und eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Wir brauchen eine Stärkung der umlagefinanzierten Rente und perspektivisch eine Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent. Das Sofortprogramm Pflege ist gut und richtig, aber bei Weitem nicht ausreichend angesichts des jetzt schon bestehenden Mangels an Pflegekräften. Kinderarmut muss noch entschiedener bekämpft und die Regelsätze für Kinder müssen deutlich angehoben werden. Unsere Anstrengungen für bezahlbares Wohnen müssen erheblich verstärkt werden, z.B. durch die flächendeckende Einführung der Mietpreisbremse und die massive Stärkung kommunaler Wohnungsunternehmen. Diese und weitere Fragen bleiben auf unserer Agenda.



SPD-Bundestagsfraktion unterstützt Projekt „Athleten Deutschland“

Berlin, 17.05.18 – Die Spitzensportlerinnen und -sportler in Deutschland müssen sich auf die politischen Zusagen für die Unterstützung einer eigenständigen und unabhängigen Athletenvertretung verlassen können.

„Wir stehen uneingeschränkt zu dem Projekt ‚Athleten Deutschland‘ und seiner Unabhängigkeit. Dabei sind wir der Auffas-

sung, dass ‚Athleten Deutschland‘ als eigenständige und vom DOSB losgelöste Organisation etabliert werden muss, die autonom über ihr hauptamtliches Personal entscheiden kann. Nur durch die organisatorische und finanzielle Eigenständigkeit kann eine sachgemäße Vertretung der Interessen unserer Athletinnen und Athleten gewährleistet werden. Umso mehr irritiert

uns die Haltung der Union, die eine solche Vertretung unter dem Dach des DOSB ansiedeln möchte. Wir werden als SPD-Bundestagsfraktion nicht nachlassen, den Koalitionspartner in dieser Sache noch zu überzeugen und stehen dabei an der Seite unserer Athletinnen und Athleten.“

Mahmut Özdemir: „Sprache als Schlüsselkompetenz für frühkindliche Bildung und Integration“

Duisburg, 29.05.18 – Der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, war am Donnerstag, 24.05.2018, zu Besuch in der Duisburger „Sprach-Kita“ Blütenstraße. Das im Januar 2016 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestartete Programm fördert heute allein 22 Kitas im Wahlkreis 116 – Duisburg II und stellt bundesweit bis 2020 rund eine Milliarde



MdB Mahmut Özdemir mit Kindern der Kita Blütenstraße

Euro an Fördermitteln zur Verfügung.

„Der weitere Bildungsweg und Berufseinstieg ist eng mit der sprachlichen Kompetenz der Kindergartenkinder verbunden“,

so Özdemir. „Wer der deutschen Sprache nicht mächtig ist, hat es meist im späteren Erwerbsleben schwerer. Daher richten sich die Fördermittel des Bundes gezielt an Kitas mit einem überdurch-



schnittlichen Anteil an sprachlich förderbedürftigen Kindern. Denn wichtig ist: Der Zugang zu Bildungsangeboten darf kein Luxusgut sein. Wo es nötig ist, muss der Staat seine Hausaufgaben machen und gerechte Startbedingungen ermöglichen – und das fängt schon in der Kindertagesstätte an.“

Neben der sprachlichen Bildung soll auch der inklusive Gedanke und die Zusammenarbeit mit Familien systematisch im Alltag verankert und intensiviert werden. In der Kindertageseinrich-

tung Blütenstraße wird Beziehungsaufbau groß geschrieben. Bei Kindern, die zu Beginn ihrer Kindergartenzeit nur sehr wenig Deutsch sprechen, ist der Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung besonders wichtig. Pädagogische Fachkräfte erkennen natürliche Sprachanlässe im Kita-Alltag, sie orientieren sich genau an den Bedürfnissen der Kinder und begleiten sie sprachlich. Auf ganz natürliche Art und Weise lernen die Kinder sich zu äußern, im Dialog erfahren sie, dass Sprache Spaß macht.

„Besonders die Persönlichkeit und Individualität der Kinder werden berücksichtigt und somit die Vielfalt gestärkt und die eigene Haltung reflektiert“, betont Jugendamtsleiter Hinrich Köpcke. „Alle Familien werden in der Kita unter Berücksichtigung ihrer kulturellen Zugehörigkeit, ihren Lebenslagen und Besonderheiten angenommen.“ Weitere Informationen zum Bundesprogramm erhalten Sie unter: <http://sprach-kitas.fruehe-chancen.de>.

Bas und Özdemir werben für Duisburg als Austragungsort der Nationalen Maritimen Konferenz

Duisburg, 04.06.18 – „Wir sind von Duisburg als Ausrichter der 11. Nationalen Maritimen Konferenz absolut überzeugt“, schreiben die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir jetzt in Briefen an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sowie den Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft, Norbert Brackmann, und werben für Duisburg als Austragungsort der Konferenz 2019.

Im Jahr 2011 hatten der damalige NRW-Verkehrsminister Harry Voigtsberger (SPD) und

die IHK zusammen vorgeschlagen, diese Konferenz im Hinterland auszurichten. Jetzt unterstützt ein breites Bündnis aus Wirtschaft und Politik den Vorschlag für Duisburg.

Auf Initiative von Bas und Özdemir haben auch Achim Post (Vorsitzender der NRW-Landesgruppe der SPD im Bundestag) und Michael Groß (Sprecher der SPD-Ruhr-MdB) den Unterstützungsbrief unterzeichnet. In ihrem Brief verweisen die SPD-Bundestagsabgeordneten auf den Koalitionsvertrag, in dem

eine Stärkung der Binnenschifffahrt festgeschrieben ist. Außerdem betonen sie, die Wichtigkeit von Duisburg als größtem Binnenhafen der Welt, die starke Rolle der Binnenschifffahrt in NRW und die engen Beziehungen des Wasserstraßen- und Hafenstandortes NRW zu den maritimen Standorten in Norddeutschland.

„Als Vorsitzender der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, als Sprecher der SPD-Ruhr-MdB und Duisburger SPD-MdB unterstützen wir diese Bewerbung ausdrücklich.“



Bas und Özdemir: Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen

Berlin, 12.06.18 – Die NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion will die betriebliche Altersversorgung wieder attraktiver machen. Ein Baustein dafür ist die Abschaffung der sogenannten Doppelverbeitragung, erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Seit 2004 müssen Bezieherinnen und Bezieher von Betriebsrenten nicht nur den Arbeitnehmer-, sondern auch den Arbeitgeberanteil in der Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Mit dieser „Doppelverbeitragung“ sei nicht nur wegen des fehlenden Bestandsschutzes Vertrauen verloren gegangen. Sie mache Betriebsrenten für viele schlicht unattraktiv, heißt es in

einem gestern gefassten Beschluss der 41 SPD-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen.

Diese Fehlentwicklung müsse nun korrigiert werden. Bärbel Bas sagt: „Wir wollen, dass künftig genau wie bei der gesetzlichen Rente auch bei Betriebsrenten nur noch der halbe Beitrag erhoben wird. Das ist durch die gute finanzielle Lage der Krankenkassen auch finanzierbar.“

Für eine kurzfristige Entlastung der Bezieherinnen und Bezieher von Betriebsrenten wollen die NRW-Abgeordneten in einem ersten Schritt einen echten Freibetrag anstelle der jetzigen Freigrenze einführen. Aktuell wird

der Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag bei Überschreiten einer Freigrenze von 152,25 Euro auf den kompletten Auszahlungsbetrag erhoben. Stattdessen soll in Zukunft nur jeder zusätzliche Euro mit Beiträgen belastet werden – eine Entlastung vor allem für Betriebsrenten, die nur geringfügig über der Freigrenze liegen.

„Es ist gut, dass SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil das Thema jetzt auch aufgegriffen hat. Aus NRW bekommt er dabei volle Unterstützung. Die betriebliche Altersversorgung ist die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente und muss deshalb so attraktiv wie möglich gemacht werden“, so Mahmut Özdemir.

Bärbel Bas und Mahmut Özdemir werben für weltoffene Gastfamilien

Duisburg, 19.06.18 – Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir suchen gemeinsam mit den Austauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. und Youth For Understanding (YFU) weltoffene Gastfamilien in Duisburg, die ab August /September 2018 US-amerikanische

PPP-Stipendiaten für ein Schuljahr oder ein Gastkind aus einem anderen Land aufnehmen.

„Gastfamilien bereichern nicht nur ihren eigenen Alltag. Sie haben auch die einmalige Chance, internationalen Jugendlichen unser Land näher zu bringen.

Dabei entstehen Freundschaften, die oft ein Leben lang halten“, so Bas und Özdemir. Ein Gastkind aufnehmen können Paare mit oder ohne Kinder, Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Paare, Senioren und Alleinstehende. Die Austauschorganisationen kümmern sich um die Vorbereitung und



Begleitung der Gastfamilien. Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) erhalten deutsche und amerikanische Jugendliche Vollstipendien für ein Austauschjahr im jeweils anderen Land. Bundestags- und Kongressabgeordnete

engagieren sich als Paten für die jungen „Kultur-Botschafter“.

Weitere Informationen gibt es auf www.afs.de/gastfamilie oder www.yfu.de/home. Bewerbungsunterlagen zum PPP-Austauschjahr 2019/2020 in den USA bieten darüber hinaus die

Wahlkreisbüros von Bärbel Bas und Mahmut Özdemir oder www.bundestag.de/ppp. Auf der Webseite des Deutschen Bundestages können sich Interessierte auch online bewerben. Bewerbungsschluss ist der 14. September 2018.

Duisburg redet mit: Jugendliche debattieren beim Planspiel „Jugend und Parlament“



Duisburger Schüler Anas Nafile und MdB Mahmut Özdemir

Berlin, 26.06.18 – Heute geht die bundesweit ausgeschriebene Veranstaltung „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestages zu Ende. Vom 23. bis 26. Juni 2018 sind 355 junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Einladungen ihrer Abgeordneten nach Berlin gefolgt. Den Wahlkreis 116 – Duisburg II des SPD-Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir hat in

diesem Jahr der Duisburger Schüler Anas Nafile vertreten.

Die Jugendlichen im Alter von 17 bis 20 Jahren konnten während ihres Aufenthalts in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen und so im Rahmen eines Planspiels das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Zur Debatte zwischen den Teilnehmerinnen und

Teilnehmern standen Gesetzentwürfe zu chancengleichen Bewerbungen, zur Einführung von Pfand auf Kaffeebechern, zur Einführung von Elementen direkter Demokratie sowie zur Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer EU-geführten Militäroperation im fiktiven Staat Sahelien.

„Das Programm ‚Jugend und Parlament‘ ist eine tolle Sache, da es den Jugendlichen besondere Einblicke in unsere politischen Prozesse und Abläufe eröffnet“, so Özdemir. „Diese Teilhabe schafft Verständnis und Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie.“

Darüber hinaus hatten die Jugendlichen die Chance, in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen die Arbeit der Abgeordneten aus erster Hand mitzuerleben. Zum heutigen Abschluss der Veran-



Nr. 13 - August 2018



staltung diskutieren die Jugendlichen noch einmal gemeinsam mit den jeweiligen Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Bundestagsfraktionen – unter

anderem auch darüber, wie realitätsgetreu Jugend und Parlament die parlamentarische Arbeit aus ihrer Sicht abbildet.

Bas und Özdemir: Neue Stellen für Sanierung von Schleusen müssen ins Ruhrgebiet

Duisburg, 29.06.2018 – „Wir fordern eine deutliche Stärkung der Wasser- und Schifffahrtverwaltung im Ruhrgebiet und mit dem Haushalt 2018 ist ein guter Anfang gemacht“, sagen die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir zum Ergebnis der Bereinigungssitzung des Bundestags-Haushaltsausschuss: Der Bund kann 25 zusätzliche Stellen für die Wasser- und Schifffahrtverwaltung schaffen. Bas, Özdemir sowie der Sprecher der SPD-Ruhrgebietsabgeordneten, Michael Groß, fordern jetzt in einem gemeinsamen Brief an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, einen Großteil

der Planstellen dem Bedarf entsprechend ins Ruhrgebiet zu entsenden.

„Die Schleusen und Wehranlagen im Ruhrgebiet laufen seit Jahrzehnten auf Verschleiß. Dadurch wird nicht nur ein reibungsloser Schiffsverkehr gefährdet, der für viele Industrieunternehmen im Ruhrgebiet überlebenswichtig ist. Darüber hinaus werden die dort arbeitenden Menschen auf Dauer unnötigen Gefahren ausgesetzt“, so Bas und Özdemir. „Wir fordern den Bundesverkehrsminister ausdrücklich auf, unverzüglich aktiv zu werden und insbesondere dem Bedarf der Schleuse

in Meiderich gerecht zu werden.“

Jetzt müsse der Investitionsstau der letzten Jahrzehnte durchbrochen werden und die Planstellen dort eingesetzt werden, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Bärbel Bas und Mahmut Özdemir betonen: „Wir werden an dem Thema dranbleiben, denn wir brauchen dringend ein Infrastrukturprogramm Wasserstraße im Ruhrgebiet. Jetzt muss Minister Scheuer dafür sorgen, dass die dringend nötigen Gelder auch wirklich in Duisburg ankommen.“



Solidarität mit den Beschäftigten der Supermarktkette real

Berlin, 29.06.18 – Die 17 SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet sehen die Pläne der Metro-Tochter real, ihre Beschäftigten im Zuge einer Umstrukturierung mit deutlich schlechteren Arbeitsverträgen auszustatten, mit großer Besorgnis.

Für uns ist klar:

1. Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten dieselbe Arbeit wie die schon länger im Betrieb Beschäftigten und verdienen daher die gleichen Gehälter und Arbeitsbedingungen.
2. Verhandlungspartner der Arbeitgeber im Einzelhandel muss die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi sein.
3. Allgemein verbindliche Tarifverträge sind das wirksamste Mittel, um Lohn-dumping bei einzelnen Unternehmen zu unterbinden.
4. Das unbefristete Arbeitsverhältnis muss wieder zur Regel werden in Deutschland, sachgrundlose Befristungen und Kettenverträge gehören abgeschafft.

Bas und Özdemir: MS Wissenschaft macht Station in Duisburg

Duisburg, 02.07.18 – Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir rufen zur Reise in die „Arbeitswelten der Zukunft“ mit der MS Wissenschaft auf, die vom 24.07.2018 bis 26.07.2018 im Innenhafen am Kultur- und Stadthistorischen Museum ankern wird.

Im Wissenschaftsjahr 2018 hat das 100 Meter lange Ausstellungsschiff des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die Fragen zur Arbeitswelt von Morgen schon

heute an Bord: Wie verändern Technologien die Arbeit? Welche Anforderungen stellt die Arbeit in Zukunft an die Menschen? Wie können wir möglichst schnell lernen, mit den Veränderungen umzugehen? Es geht um Interaktionen von Mensch und Maschine, Veränderungen der Arbeitsbedingungen und um berufliche Bildung. Bärbel Bas und Mahmut Özdemir betonen: „Unsere SPD gestaltet die Zukunft der Arbeitswelt schon heute so, dass sie den Menschen Perspektiven, Sicherheit und ein gutes Leben

ermöglicht. Wissen ist dabei die Schlüsselqualifikation. Deshalb unterstützen wir die MS Wissenschaft und freuen uns über möglichst großes Interesse der Duisburgerinnen und Duisburger.“

Das Ausstellungsschiff MS Wissenschaft tourt im Auftrag des BMBF durch Deutschland und Österreich und steuert dabei 34 Stationen an. Die Ausstellung wird empfohlen ab zwölf Jahren. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen finden Sie hier: www.ms-wissenschaft.de.



„Tag der kleinen Forscher“ 2018: Mahmut Özdemir besucht die Kita „Zaubersterne“ in Duisburg Untermeiderich

Duisburg, 16.07.18 – „Entdeck, was sich bewegt“ war das diesjährige Motto des bundesweiten Mitmachtages „Tag der kleinen Forscher“ 2018, der bereits seit 2009 von der gemeinnützigen Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ initiiert wird.

Durch den jährlichen Mitmachtag möchte das „Haus der kleinen Forscher“ Kindern auf spielerische Art und Weise vermitteln, dass Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) lebendig, spannend und allgegenwärtig sind.

Bundesweit waren Kitas, Horte und Grundschulen sowie Familien und Interessierte dazu aufgerufen, gemeinsam mit Mädchen und Jungen zu entdecken und zu forschen. Auch die Duisburger kamen diesem Aufruf nach. In diesem Rahmen besuchte Mahmut Özdemir, der als SPD-Bundestagsabgeordneter den Duisburger Norden und Nordwesten vertritt, am Freitag,

den 13. Juli 2018 die Kita „Zaubersterne“ in Untermeiderich. Dort begleitete er die kleinen Nachwuchsforscher bei ihrer Entdeckungstour:



MdB Mahmut Özdemir mit den Kindern der Kita „Zaubersterne“

„Kinder haben einen unbändigen Drang zum Erforschen und Entdecken. Es ist schön, dass das Haus der kleinen Forscher mit diesem Aktionstag Mädchen und Jungen die Vielfalt und Komplexität unserer Umwelt näher bringt und ihre Neugier für die MINT-Themen weckt. Gemeinsam können wir die Kinder dabei unterstützen, das Schöne und Spannende im Alltäglichen

zu entdecken“, so Özdemir. Auch Kita-Leiterin Andrea Schramm freute sich über den Besuch des Abgeordneten: „Wir hatten die Möglichkeit, Herrn Özdemir die Arbeit an der pädagogischen Basis zu erläutern und das Gefühl zu erlangen, dass die Arbeit mit den Kindern in Bezug auf Bildung und Förderung eine sinnvolle und erforderliche Arbeit sei, die er vollsten unterstützt.“

Der Mitmachtag ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, die sich für den

Zugang zu Bildung für alle Kinder und deren gesellschaftliche Teilhabe einsetzt – unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Einkommen der Eltern. Kinder sollen die Welt mit offenen Augen selbst entdecken können. Dabei setzt die Stiftung auf Vielfalt, Toleranz und Gleichberechtigung.



Bas und Özdemir werben für Jugendmedienworkshop

Duisburg, 16.07.18 – Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir rufen junge Duisburgerinnen und Duisburger zwischen 16 und 20 Jahren zur Teilnahme am Jugendmedienworkshop 2018 auf. Zum 15. Mal lädt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e.V. 30 junge Medienschaffende nach Berlin ein. Der Workshop findet vom 25. November bis 1. Dezember im Deutschen Bundestag unter dem Titel „Zwischen Krieg und Frieden“ statt.

„Dieser Workshop ist eine tolle Chance für alle, die sich für

Journalismus und Politik interessieren. Wir unterstützen den Jugendmedienworkshop wieder ausdrücklich, weil kritischer Journalismus gerade in diesen Zeiten sehr wichtig ist für unsere Demokratie“, sagt Bärbel Bas. Mahmut Özdemir betont: „Die Jugendlichen werden vielen wichtigen und spannenden Fragen nachgehen: Wie kann Frieden geschaffen werden? Welchen Einfluss haben die Medien? Und was tragen eigentlich Einzelne, die Gesellschaft oder Institutionen wie die EU zum Friedensprozess bei? In der heutigen Zeit gehen uns diese Fragen alle ganz besonders an.“

Unter der Schirmherrschaft von Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau erwartet die Jugendlichen ein abwechslungsreiches Workshop-Programm zum medialen und politischparlamentarischen Alltag in Berlin: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in einer Redaktion hospitieren, mit Bundestagsabgeordneten diskutieren, eine Plenarsitzung besuchen und eine eigene Zeitung erstellen. Weitere Informationen zu Workshop und Bewerbung finden sich auf der Website: <https://jugendpresse.de/bundestag>. Bewerbungsschluss ist der 14. September 2018.

MdB Mahmut Özdemir: Keine Spielchen mit den Arbeitsplätzen! Mit klaren Regelwerken die Neuausrichtung von thyssenkrupp voranbringen!

Duisburg, 19.07.18 – Angesichts der aktuellen Entwicklungen bei thyssenkrupp äußert sich der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir:

„Mit großer Sorge verfolgten wir die jüngsten personellen Abgänge im Vorstand und Aufsichtsrat bei thyssenkrupp.

Umso mehr freut es mich, dass der Konzernbetriebsrat und die IG Metall mit der Krupp-Stiftung und dem weiteren Hauptanteileigner eine Gemeinschaft anstreben, die Spielchen beendet und Verantwortung übernimmt und einfordert.

Wir haben erlebt, wie windige Geschäfte mit Kapitalisten von

Südamerika bis China ausgehen. Deshalb bin ich auf die Arbeitnehmervertreter und die IG Metall besonders stolz, dass diese in dieser Situation einen klaren Kopf bewahren und offen und ehrlich das Verhalten von ehrbaren Geschäftsleuten im Konzern durchsetzen wollen. Auf diesem Weg haben sie meine volle Unterstützung und mein volles Vertrauen.“



Gefährliches Spiel mit der Sicherheit von Urlaubern und Flugreisenden

Berlin, 30.07.2018 – Mahmut Özdemir, zuständiger Berichterstatter der AG Inneres der SPD-Bundestagsfraktion:

Das von der CSU geführte Bundesinnenministerium will laut Pressemeldungen Sicherheitsaufgaben der Polizei wegnehmen und Privaten gegen Entgelt auftragen.

„Mit großer Verwunderung und Fassungslosigkeit nehmen wir die Pläne von Bundesinnenminister Horst Seehofer zur Kenntnis, die Sicherheitskontrollen an den deutschen Flughäfen der Bundespolizei zu entziehen und damit die Sicherheitskontrollen vollständig zu privatisieren.

Damit handelt der Bundesinnenminister gegen jede Kenntnis und Erkenntnis von Pannen, die sich in jüngster Zeit an deutschen Flughäfen abgespielt haben. EU-Behörden konnten in

Tests gefährliche Gegenstände an den privaten Sicherheitsdiensten vorbei in den hochsensiblen Bereich bringen. Diese hätten damit problemlos an Bord eines Passagierflugzeuges genommen werden können.

Die Luftsicherheit an deutschen Flughäfen ist eine hoheitliche Aufgabe. Sie bedeutet Schutz des europäischen und internationalen Luftraumes und zugleich Schutz der deutschen Grenzen im Hinblick auf Einreise und Ausreise von Gefährdern.

Wir werden bei unseren Forderungen nach mehr staatlicher Verantwortung im Bereich der Luftsicherheit von der größten deutschen Polizeigewerkschaft (GdP) unterstützt. Und wir haben die Unterstützung von Millionen Passagieren, die gerne schnell – aber vor allem sicher – ihre Flugreise antreten wollen.

Was das unionsgeführte Innenministerium hier gerade plant, ist, die Sicherheit unserer Heimat privaten Sicherheitsdiensten in die Hand zu drücken als wäre sie eine Ware. Die Devise ist klar: Die Sicherheit Deutschlands soll künftig lieber von Söldnern gegen Entgelt gewährleistet werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Staatsbürger in Uniform, die für Überstunden mit Leib und Leben für unsere Sicherheit einstehen.

Die Pläne von Innenminister Seehofer verstoßen gegen den Koalitionsvertrag. Entweder hat der Bundesinnenminister den Koalitionsvertrag nicht gelesen oder er verstößt vorsätzlich dagegen, das wäre noch schlimmer. So oder so ist es ein erneuter versuchter Koalitionsbruch seitens der CSU.“



Parlamentarisches Patenschafts-Programm – Lea Knüpper und Moritz Prell aus Duisburg reisen für ein Jahr in die USA

Duisburg, 07.08.18 – Ein Jahr in den USA leben. Dieser Traum wird für die Duisburger Schüler Lea Knüpper und Moritz Prell Wirklichkeit. Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) des Deutschen Bundestages dürfen sie ein Jahr lang in einer Gastfamilie in den USA leben und die dortige High School besuchen. In einem anspruchsvollen Bewerbungsprozess haben sich die beiden gegen ihre Mitbewerber durchgesetzt und wurden schließlich von ihren zuständigen SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir ausgewählt.

Für die beiden Duisburger Bundestagsabgeordneten ist es mittlerweile zur Tradition geworden, sich vor der Abreise noch einmal mit ihren Stipendiaten zu treffen: „Der Austausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist ein hohes Gut. Wir freuen uns darüber, zwei jungen Menschen aus Duisburg diese Möglichkeit bieten zu können und wünschen den beiden, dass sie viele wertvolle Erfahrungen für

ihr weiteres Leben gewinnen können“, so Bärbel Bas und Mahmut Özdemir. „Ich bin gespannt, wie das Leben in der Gastfamilie sein wird. Vor allem freue ich mich, dass ich im Volleyball-Club der neuen Schule meinem Hobby nachgehen kann! In einem Blog werde ich regelmäßig über meine Erlebnisse berichten“, freut sich Lea Knüpper. Ihr Vorgänger Nikolas Neuhöfer pflichtet ihr bei: „Während meines Aufenthaltes habe ich tolle Erfahrungen sammeln können. Dabei hat mir am besten der 5-tägige Besuch nach Washington gefallen. Ich habe gelernt, wie wichtig in der Politik die internationale Zusammenarbeit ist.“

Auch Moritz Prell zeigt sich begeistert: „Ich freue mich auf viele spannende und neue Erfahrungen in den USA und halte bereits einmal pro Woche den Kontakt mit meiner zukünftigen Gastfamilie in Oxbow im Bundesstaat Oregon via Skype. Besonders gut gefällt mir am Parlamentarischen Patenschafts-

Programm, dass es einen politischen Bezug im Auslandsjahr in Amerika bietet. Im kommenden Jahr möchte ich meine Englischkenntnisse weiter verbessern, Football und Basketball an der High School spielen und in der Natur von Oregon jagen und angeln gehen. Außerdem möchte ich gerne auch ein bisschen das Land erkunden und dabei die amerikanische Westküste, die Großstadt Portland und den Yellowstone Nationalpark besichtigen.“

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu Gast in Deutschland. Das Stipendium umfasst die Reise- und Programmkosten sowie die Versicherungskosten.



Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Abgeordneten Mahmut Özdemir, MdB



01.05.2018

Demonstrationen zum Ersten-Mai-Feiertag in Duisburg



08.01.2018

Mahmut Özdemir, MdB zu Gast beim Frühjahrs-empfang der Homberger Feuerwehr



25.05.2018

Mahmut Özdemir, MdB besucht die von der SPD-Betriebsgruppe bei thyssenkrupp organisierte Vatertagssause im Revierpark Mattlerbusch



10.06.2018

Mahmut Özdemir, MdB als Laudator zu Besuch beim RMSV Wanderlust

Foto (v.l.n.r.): Hans-Joachim Paschmann, Bezirksbürgermeister, Michael Berk, 1. Vorsitzender RMSV, Salvatore Musu, ehm. 1. Vorsitzender und Ehrenvorsitzender RMSV, Mahmut Özdemir, MdB und Rainer Bischoff, MdL und Vorsitzender Stadt Sportbund Duisburg



29.06.2018

Mahmut Özdemir, MdB mit seinem Staffelpartner Ralf Lange beim Duisburger Zoo-Lauf



30.06.2018

Mahmut Özdemir, MdB zu Besuch auf dem Spielplatz des Kleingartenvereins Schwegelpark e.V. zum 100-jährigen Jubiläum



11.07.2018

Mahmut Özdemir, MdB empfängt den Botschafter von Rumänien zu einem offiziellen Austausch in Duisburg

Foto (v.l.n.r.): Mahmut Özdemir, MdB, Anette Kramme, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Emilian Hurezeanu, Botschafter von Rumänien, und Burkhard Landers, Präsident der Niederrheinischen IHK Duisburg-Wesel-Kleve



Mahmut Özdemir, MdB mit seinen Besucherinnen und Besuchern im Paul-Löbe-Haus

Politische Bildungsfahrt nach Berlin im Juni 2018

von Marcel Keilwerth, persönlicher Referent im Duisburger Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir, MdB

Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit, politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis einen Einblick in ihre Arbeit im Bundestag zu geben.

Zum zweiten Mal in diesem Jahr sind wieder 50 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Duisburg nach Berlin gereist. Am Tag der Anreise ging es für die Duisburger Gruppe auch gleich in das nahe dem Bundestag gelegene Paul-Löbe-Haus zum Gespräch mit ihrem Abgeordneten Mahmut Özdemir. Danach konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Kuppel des Parlamentsgebäudes erforschen und bei einem Vortrag auf der Besuchertribüne wertvolle Informationen zur Geschichte des Parlaments erhalten.

Am darauffolgenden Tag stand die SPD Parteizentrale, das Willy-Brandt-Haus, auf dem Programm. Im Foyer konnten

die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Fotos von der Willy-Brandt Statue aufnehmen und mit einem Mitarbeiter der Parteizentrale über aktuelle tagespolitische Themen diskutieren. Den Abend rundeten Informationsgespräche im Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie in der Bundeszentrale für politische Bildung ab.

Am dritten Tag verließen die Reisenden Berlin und fuhren mit dem Bus Richtung Polen in die ehemalige preußische Festungsstadt Küstrin (polnisch: Kostrzyn nad Odra). Eine deutschsprachige Historikerin zeigte der Reisegruppe die Ruinen der einst pulsierenden Altstadt, welche im Zweiten Weltkrieg vollständig zerstört wurde.

Im Anschluss konnten die Reisenden auf der Bastion Philipp den Ausblick über die Oder genießen, bevor sie im inneren die Ausstellung zur Geschichte Küstrins begutachten konnten.

Am letzten Tag des Aufenthalts ging es zum „Haus der Wannsee-Konferenz“ an die südwestliche Stadtgrenze von Berlin. An diesem historischen Ort lernte die Gruppe, wie dort 1942 von hochrangigen Vertretern der nationalsozialistischen Diktatur auf groteske Weise die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden geplant wurde. Im Anschluss an den Termin ging es mit gepackten Koffern wieder zurück in die Heimat Duisburg.